

Noch ist es zu früh, die wirtschaftlichen Konsequenzen abzusehen, die die de-facto-Annexion der Krim durch Russland hat. Immerhin hat der ZEW-Index, der v.a. die Erwartungen der Akteure an den Finanzmärkten fokussiert, für März mit einem Stand von 46,6 einen deutlichen Einbruch erlitten. Im Februar notierte er noch bei 55,7.

Im Zuge des laufenden AQR der EZB ist von besonderem Interesse, wie die Banken der Eurozone involviert sind. Nach Daten der BIS hat [Sivia Merler von Bruegel](#), einem europäischen Think-Tank, ermittelt, dass europäische Banken mit netto 156 Mrd. Dollar in Russland engagiert sind. US-Banken kommen auf lediglich 40 Mrd. Dollar. Französische Banken führen die Liste an mit 51 Mrd. Dollar, gefolgt von Italien (29 Mrd. Dollar), Deutschland (23 Mrd. Dollar), England (19 Mrd. Dollar) und den Niederlanden mit 17,6 Mrd. Dollar.



Die Intelligence Unit des "Economist" nennt 15 Top Banken in Russland. Auf Platz acht steht die UniCredit Bank (Italien/Österreich), auf Platz neun die Rosbank (SocGen, Frankreich), auf Platz 12 steht die österreichische Raiffeisen Bank International.

Die direkten Engagements europäischer Banken in der Ukraine sind gemessen an ihrer Größe mit jeweils weniger als 3% der totalen Assets relativ gering. Die hauptsächlichen Bedenken richten sich jetzt nicht mehr an einer Staatspleite der Ukraine aus, sondern an der Abwertung des Rubel und an den Folgen von (möglichen weiteren) Sanktionen. Eine Ansteckung Zyperns kann ebenfalls nicht ausgeschlossen werden.

Je nach Art der Sanktionen sind die einzelnen Länder in Europa sehr unterschiedlich involviert. Käme es zu einem Ausfall der Gaslieferungen, egal ob durch Export- oder Import-Stopp, so wäre Österreich am stärksten betroffen. Russland könnte durch gezielte Nadelstiche die Solidarität der Europäer auf die Probe stellen, wenn diese Sanktionen verhängen, die mehr sind als unbedeutende symbolische Akte.

Das könnte Sie auch interessieren:

- [Euro-Banken schwach gegen US-Pendants](#) vom 16.09.2019
- [Der „war on cash“ geht weiter](#) vom 22.06.2019

Andere lasen von hier ausgehend zuletzt auch:

- [Studie: Haften Steuerzahler abermals für Banken?](#)
- [1913 - Parallelen zu heute?](#)
- [Einkommensungleichheit - weltweit zweitgrößtes Risiko](#)

Bewerten Sie diesen Artikel: Bewertung absenden
Noch keine Stimmen.